

presse

Investitionen in den Klimaschutz sind Investitionen in das Wirtschaftswachstum

Matthias Miersch, Sprecher der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Investitionen in den Klimaschutz sind Investitionen in Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Gesundheit. Nicht nur weltweit, sondern auch bei uns in Deutschland stehen erhebliche Investitionen in die Infrastruktur, die Energiesysteme und den Städtebau bevor. Es kommt jetzt darauf an, diese Mittel in ein klimaverträgliches Wachstum zu lenken und so zusätzliche Arbeitsplätze, eine höhere Produktivität und bessere Lebensqualität zu erreichen.

„Klimaschutz und Wirtschaftswachstum sind keine Gegensätze sondern bedingen einander. Wirtschaftswachstum ohne Klimaschutz wird nicht nur enorme Folgekosten verursachen. Es besteht deshalb die Herausforderung, die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft unserer Wirtschaft, von Industrie und Mittelstand, mit den Zielen der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes in Einklang zu bringen.

Die Energieversorgung von morgen muss zunehmend über Erneuerbare Energien abgedeckt werden. Zusammen mit einer Verbesserung der Energieeffizienz werden mittelfristig sowohl die Energiekosten als auch die Abhängigkeit von Rohstoffen gesenkt.

Kluge Investitionen schützen das Klima und schaffen neue zukunftsfeste Arbeitsplätze. Voraussetzung für nachhaltiges wirtschaftlichen Wachstums sind verlässliche und zukunftsweisende politische Weichenstellungen. Neue Herausforderungen verlangen neue Antworten. Alte Rezepte können nicht länger den Weg weisen.

Notwendiger Rahmen sind ein ambitioniertes Klimaabkommen auf globaler Ebene, ehrgeizige Klimaziele auf europäischer Ebene und ein funktionierender Emissionshandel. Auf nationaler Ebene werden wir unter anderem mit einer klugen Stadtentwicklungspolitik und den Aktionsplänen zum Klimaschutz und zur Energieeffizienz unseren Teil dazu beitragen, dass wir die Klimaziele erreichen, zu denen wir uns verpflichtet haben.

Die aktuellen und künftigen Herausforderungen beim Klimaschutz waren heute auch Thema bei einem Gespräch von Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion mit dem britischen Ökonom Sir Nicholas Stern.“